

BM Bodo Klimpel bei Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt um 18 Uhr auf dem Marktplatz, Freitag, 8.11.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger.

Ich begrüße Sie sehr herzlich am heutigen Abend und freue mich natürlich sehr, dass so viele Halterner Bürgerinnen und Bürger zu dieser Kundgebung gekommen sind. Damit zeigen Sie einmal mehr, wie wichtig den Mitgliedern unserer Stadtgesellschaft es ist, sich für unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung zu bekennen.

Gleichzeitig setzen wir damit zusammen ein nachdrückliches Zeichen gegen die immer deutlicher werdenden undemokratischen, antisemitischen und rassistischen Tendenzen.

Diese bereiten uns Deutschen immer mehr Sorgen. Auch deshalb bin ich dem Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt dankbar, diese Kundgebung organisiert zu haben. Vor allem deshalb, weil sich die Verantwortlichen große Mühe dabei geben, alle gesellschaftlichen Gruppen für dieses so wichtige Thema zu gewinnen. (Wie wir heute erleben, ist das auch wieder sehr gut gelungen).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir erinnern an die Pogromnacht vom 9. November 1938. Damals brannten Synagogen, es wurden Häuser von jüdischen Menschen angezündet und geplündert. Solche Auswüchse gab es leider auch in unserer Stadt am Abend des 9. Novembers 1938.

Die Reichspogromnacht markiert den Übergang von der rechtlichen Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung der Juden zur offenen Verfolgung; ein Weg, der schließlich zur Shoah geführt hat.

Dass damals so viele weggeschaut oder tatenlos zugeschaut haben, erfüllt uns bis heute mit Scham. Wir dürfen nie vergessen: Sechs Millionen Juden wurden ermordet.

Wenn man sich aufmerksam umschaut und die Nachrichten verfolgt, wird mehr als deutlich, dass auch und gerade heute ein Gedenken an diese Ereignisse sinnvoll und notwendig ist. Denn sie zeigen, dass Rechtsstaat und Demokratie keine Errungenschaften sind, die einmal erworben werden und dann selbstverständlich sind. Die rechtsstaatliche Demokratie war und ist eine gefährdete Staatsform.

Der demokratische Rechtsstaat setzt voraus, dass sich die Bürger im Alltag mit Respekt, Fairness und Wohlwollen begegnen, dass sie füreinander Verantwortung übernehmen und sich auch im Streit um Wahrheit und Wahrhaftigkeit bemühen. Wo diese Werte missachtet werden, gerät das friedliche Zusammenleben in Gefahr. Es sind nicht erst Taten oder offenkundige Rechtsverstöße, die den Grundkonsens angreifen und beschädigen. Die letzten Jahre der Weimarer Republik zeigen deutlich: Die Verrohung der Sprache führte damals und führt auch heute zur Verrohung der Sitten.

Aktuell erinnere ich an Schlagworte wie „Lügenpresse“, an die schlimme Äußerung, die frühere Integrationsbeauftragte der Bundesregierung könne in Anatolien entsorgt werden. Oder auch die kürzlich aufgekommenen offenen Morddrohungen gegen Politiker.

Denn erst sind es Worte, dann folgen die Taten.

Eine der Lehren aus der Vergangenheit ist, dass antisemitischen und rassistischen Ressentiments kein Platz geboten werden darf.

Populisten und Nationalisten wollten spalten, indem sie Vorurteile schüren und Hassparolen verbreiten. Dieser Hass spaltet, hetzt auf und tötet zum Schluss.

Beim Blick in die Geschichte fällt mir auf, wie unbedeutend, könnte man oberflächlich meinen, die Ergebnisse für die Nazis der Reichstagswahlen in Deutschland im Jahre 1928 noch waren, also fünf Jahre vor der sogenannten Machtergreifung. Damals erreichten sie gerade einmal 2,6 Prozent der Stimmen, 1932 waren es dann schon mehr als 37 Prozent.

In unserer Stadt erreichten die Nazis 1930 genau 7,8 Prozent, 1932 bereits 24,9 Prozent, am 5. März 1933 kam dann die NSDAP hier bereits auf 37,4 Prozent. Eine Woche später erzielte sie hier bei den Kommunalwahlen schon mehr als 43 Prozent.

Ich erwähne diese Fakten, um deutlich zu machen, wie schnell solche Bewegungen, wenn sie denn einmal richtig in Fahrt kommen, kaum mehr beherrschbar sind. Und wenn wir uns vor Augen führen, wie kürzlich das Ergebnis bei den Landtagswahlen in Thüringen ausgefallen ist, muss uns das ernsthafte Sorgen bereiten:

Das bekommt ein Spitzenkandidat, den man laut Gerichtsbeschluss als Faschisten bezeichnen darf, fast ein Viertel der Stimmen.

Das ist der gleiche Mann, ein West-Import sogar, der das Holocaustdenkmal in Berlin als Denkmal der Schande bezeichnet hat. Und nun wird sein Parteichef nicht müde, sich als Vertreter einer Volkspartei darzustellen und dass er sich, zusammen mit seinen Wählern „das Land zurückholen will“.

Das alles ist für mich ebenso unfassbar wie auch nicht nachvollziehbar. Bei allem Respekt vor dem Wähler, ich weiß auch, dass es schwierig ist, Wählerschelte zu betreiben: Aber diese Wähler frage ich, ob ihnen wirklich die Konsequenzen klar sind. Sie geben Antisemiten, Antidemokraten und Faschisten ihre Stimme. Und das im Übrigen in einem Bundesland, das mit 7,3 Prozent den niedrigsten Migrantenteil bundesweit hat und mit einer Arbeitslosenquote von gut 5 Prozent auch nicht schlecht dasteht.

Und trotzdem erreicht die Partei, die angeblich eine Alternative für Deutschland darstellt, bei den Jungwählern die größten Stimmanteile. (So habe ich mir „Frydays for Future“ nicht vorgestellt. Da ist offenbar eine Menge schief gelaufen.)

All diese Aspekte motivieren mich sehr, alles zu unternehmen, dass Tendenzen, wie wir sie aus den 20er- und 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts kennen, bei uns nie wieder aufkommen dürfen. In Teilen sind sie sogar jetzt auch sichtbar, dagegen müssen wir uns wehren.

Beim Blick in die jüngere Vergangenheit muss ich doch nur zwei Beispiele aus diesem Jahr benennen. Im Juni wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ermordet – ganz offensichtlich von einem Rechtsradikalen.

Ich erinnere zudem an den Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober, am höchsten jüdischen Festtag, dem Versöhnungsfest Jom Kippur. Dass dort der antisemitische Täter „nur“ zwei Menschen ermorden konnte, grenzt beinahe an ein Wunder.

Denn erst sind es Worte, dann folgen die Taten. Ich wiederhole mich da gerne.

Genau deshalb müssen wir den Herren Gauland, Höcke und Co deutlich machen, dass wir ihren Kurs abscheulich finden und uns dagegen stemmen werden. Mit allem, was wir haben.

Meine Damen und Herren, beziehen Sie Position. Zeigen Sie klare Kante und machen Sie sich stark für Toleranz, Respekt und Mitgefühl. Als im November 1938 die Synagogen brannten, war es dafür bereits zu spät.

Der Weg zur systematischen Vernichtung der Juden Europas war unaufhaltsam und mit schweigender Billigung von weiten Teilen der Bevölkerung eingeschlagen.

Wir dürfen heute keine rechtsextremistischen und antisemitischen Parolen dulden. Gegen diese müssen staatliche Institutionen konsequent vorgehen.

Ich erhoffe mir von einer Gesellschaft, in der ich beheimatet sein will, dass ein Klima der Toleranz und des Respekts herrscht. Nur dann können Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen in Frieden miteinander leben.

Jüdisches Leben in Deutschland ist zurück. Trotz der Nazigräuel ist Deutschland heute wieder Heimat für Menschen jüdischen Glaubens. Dafür bin ich dankbar.

Es ist ein kostbares Geschenk, dass Deutschland heute wieder eine Heimat für Juden sein darf. Doch die Tatsache, dass es in manchen Städten Viertel gibt, in denen vor dem offenen Tragen der Kippa gewarnt werden muss, ist mehr als alarmierend. Gottlob drohen heute keine staatlich organisierten Pogrome. Heute stehen Polizeiwagen vor Synagogen, jüdischen Gemeindezentren, Kindertagesstätten und Schulen. Das ist beruhigend, aber normal ist es nicht.

Die Täter von einst leben fast alle nicht mehr. Persönliche Schuld haben wir Nachgeborenen nicht. Doch tragen wir Verantwortung. Verantwortung gegenüber der Geschichte unserer Nation. Die Erinnerung an die damaligen Gräuel darf niemals aufhören. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn Juden in welcher Form auch immer angegriffen werden. Wir sind verpflichtet, antijüdischen Vorurteilen zu widersprechen und antijüdischen Angriffen zu widerstehen. Das ist eine Bürgerpflicht, die Pflicht einer jeden aufrechten Demokratin, eines jeden aufrechten Demokraten.

Rechtspopulisten und Rechtsextremisten testen mit immer neuen Provokationen, wie weit sie heute gehen können. Antisemitismus ist kein Phänomen von gestern.

Ausländerfeindliche Parolen, Vorurteile und Intoleranz sind wieder auf dem Vormarsch. Dagegen müssen wir mit aller Kraft ankämpfen und dürfen nicht schweigend den Kopf wegrehen. Schwache müssen wir schützen und für die Demokratie eintreten, sie stärken.

Unsere Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz. Das ist gut so und muss so bleiben. Wert und Würde eines jeden Menschen sind unantastbar. Solange wir uns daran festhalten und das aktiv leben, dann werden sich die Ereignisse der grausamen Novemberpogrome nicht wiederholen – da bin ich zuversichtlich.

Das bin ich auch deshalb, weil ich sehe, wie gut und engagiert unser Asylkreis und das Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt bereit sind, diesen sehr guten Weg weiter mit zu beschreiten.

Deshalb begrüße ich es auch ausdrücklich, dass Schüler unseres Gymnasiums und unserer Realschule hier ebenso engagiert auftreten.

Ich möchte Sie, liebe Halterner Bürgerinnen und Bürger, abschließend einladen, am morgigen Samstag um 17 Uhr ins Paul-Gerhardt-Haus zu kommen. Dort eröffnen wir die Ausstellung „Überlebende des Holocaust“.

Danke, dass Sie mit Ihrer Anwesenheit ein Zeichen gesetzt haben.

Bleiben Sie demokratisch. Bleiben Sie kämpferisch.